

Gasversorgungssicherheit in der Schweiz

Die Schweiz ist sehr gut ins internationale Gasfernleitungsnetz eingebunden, was unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit grundsätzlich eine gute Ausgangslage ist. Die Schweiz verfügt auf der Transitgasleitung seit 2017 über Reverse-Flow. Das heisst, Gas kann nicht nur von Norden nach Süden, sondern auch in umgekehrter Richtung fliessen. Auch von Westen her ist die Schweiz gut eingebunden. Im Weiteren haben alle diese Märkte Zugang zu Flüssigerdgas (LNG). Dies eröffnet zusätzliche Möglichkeiten der Gasbeschaffung, auch wenn das teurer ist. Im Moment laufen in Europa intensive Bemühungen, Abhängigkeiten von russischem Gas zu reduzieren und die Bezugsmöglichkeiten breiter abzustützen. Dabei spielt LNG eine wichtige Rolle, da auf diese Weise Gas aus unterschiedlichsten Weltregionen beschafft werden kann. Die EU verfügt über knapp 40 LNG-Terminals. Laut EU-Kommission gibt es mehrere Länder, die in der Lage wären, ihre Flüssiggaslieferungen in die EU zu erhöhen. Als Beispiel werden die USA, Katar, Aserbaidschan, Ägypten, Nigeria und Norwegen genannt. Deutschland hat soeben den Bau zweier LNG-Terminals angekündigt. Im Weiteren will Deutschland eine Gasreserve aufbauen, um die Abhängigkeit von russischem Gas zu reduzieren. Auch die Internationale Energieagentur ist daran, nach Rücksprache mit EU, einen 10-Punkte-Plan vorzubereiten, um die Gasabhängigkeit von Russland zu reduzieren.

Auf lokaler Ebene gibt es vermehrt politische Vorstösse, die verlangen, dass kein Gas aus Russland mehr importiert wird. Dazu ist zu sagen, dass die Schweizer Gaswirtschaft keine direkten Lieferbeziehungen zu Russland hat, sondern das Gas primär auf den Märkten in Deutschland, den Niederlanden, Frankreich und Italien bezieht. Die Schweizer Gaswirtschaft ist bestrebt, bestehende Abhängigkeiten zu reduzieren und die Bezugsmöglichkeiten breiter abzustützen. In der Praxis ist das aber heute noch kaum umsetzbar, weil im Gashandel nicht deklariert wird bzw. noch kein System besteht, das zeigen kann, woher das Gas kommt. Anders als im Strombereich gibt es noch kein anerkanntes und umfassendes Herkunftsnachweissystem. Wenn ein Gasversorger in einer bestimmten Region Gas beziehen möchte, müsste er mit dortigen Produzenten Lieferverträge abschliessen. Dies wäre wesentlich komplexer und teurer als auf dem Spotmarkt Gas zu beschaffen.

Die wirtschaftliche Landesversorgung (WL) des Bundes ist laufend daran, die Versorgungssituation mit Gas zu überprüfen und Szenarien zu entwickeln. Aufgabe der WL ist es, die Verfügbarkeit der wichtigsten Güter und Dienstleistungen für die Schweiz sicherzustellen, wenn die private Wirtschaft selbst dazu nicht mehr in der Lage ist. Im Falle eines Versorgungsengpasses greift sie mit gezielten Massnahmen in das Marktgeschehen ein, um entstandene Angebotslücken möglichst zu schliessen. Im Rahmen der wirtschaftlichen Landesversorgung bearbeitet die Abteilung Erdgas (AEG) alle Fragen rund um die Gasversorgungssicherheit. Darin vertreten sind vom Delegierten für Wirtschaftliche Landesversorgung ernannte Milizkader der schweizerischen Gaswirtschaft und Mitarbeitende des Bundes.

Gemäss einer aktuellen Einschätzung der Lage ist die Versorgung der Schweiz mit Erdgas derzeit stabil, auch wenn die Grosshandelspreise massiv gestiegen sind. Eine Versorgungskrise zeichnet sich derzeit nicht ab. Wie sich die Lage weiterentwickelt, ist jedoch schwer voraussehbar und die Situation kann sich rasch ändern. Im Rahmen der wirtschaftlichen Landesversorgung werden im Moment mehrere Szenarien entwickelt. Diese umfassen partielle Beeinträchtigungen der Erdgastransporttrouten von Russland in den Westen bis zu vollständigen Unterbrüchen von

Haupterdgastransportrouen. Die wirtschaftliche Landesversorgung trifft zurzeit Vorbereitungen, um im Krisenfall die Einsatzbereitschaft und die Reaktionsfähigkeit zur Umsetzung von Massnahmen zu erhöhen. Im derzeitigen, marktbasieren Umfeld sind jedoch keine Massnahmen der wirtschaftlichen Landesversorgung vorgesehen. Allfällige Massnahmen sind derzeit alleinige Aufgabe der Wirtschaft wie das Sicherstellen der Verfügbarkeit der Zweistoffanlagen sowie die Gasbeschaffung. Die Gasversorgungsunternehmen werden informiert, wenn es notwendig ist, konkrete nicht marktbasierende Massnahmen zu treffen.

Quelle: Stellungnahme des Verbands der Schweizerischen Gasindustrie (VSG), Update 28.02.2022